

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2018 / V 00347	Ausfertigungen: Amt für Soziales, Familie, Jugend, DEZ3
Dienststelle: Amt für Soziales, Familie, Jugend Aktenzeichen: SFJ/Ga	06.12.2018, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input type="checkbox"/> BM Stauber _____ <input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input checked="" type="checkbox"/> BM Köster _____ <input checked="" type="checkbox"/> OB Brand _____	

Betreff: Neue Gremienstruktur zur politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Friedrichshafen Anlage(n): Konzept			
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.			
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm-Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video

Referent und Zeitdauer: Herr Bayraktar, Frau Garvin 15 Minuten
--

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Kultur- und Sozialausschuss	23.01.2019	Vorberatung	nicht öffentlich
Gemeinderat	28.01.2019	Entscheidung	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.): s. Beschluss des Gemeinderats vom 18.06.2018 (DS 2018 / V 00030)

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ja nein

Kosten: einmaliger Aufwand (konsumtiv) Betrag: EUR
 einmalige Auszahlung (investiv) Betrag: EUR
 jährlicher Folgeaufwand: Personalkosten Betrag: EUR
Sachkosten Betrag: 250 EUR

Zuschüsse einmalige Einzahlung Betrag: EUR

bzw.

Beiträge: laufende (jährlich) Betrag: EUR

MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:

Stadt Ergebnis-HH Finanz-HH Kontierungen: 1114080000; 44290000
(Ifd. Nr. 18)
 Stiftung Ergebnis-HH Finanz-HH Kontierungen:

Zur Verfügung stehende Mittel

Planansatz im Ifd. Jahr: 15.000 EUR
Ermächtigungsübertrag aus dem Vorjahr: EUR
Noch bereitzustellen: EUR
Deckungsvorschlag: EUR

Beschlussantrag:

1. Die Gremien zur politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund werden gemäß vorliegendem Konzept in der Anlage mit Beginn der neuen Legislaturperiode 2019 installiert.
2. Das Sitzungsgeld für die sachkundigen Einwohner im Integrationsbeirat wird analog zu den Vollversammlungen des Jugendparlaments auf 12,50 Euro pro Sitzung angehoben.

Begründung:

Mit **Gemeinderatsbeschluss vom 18.06.2018** wurde die Verwaltung beauftragt, einen Prozess zur Umstrukturierung des Rates der Nationen und Kulturen und des Integrationsausschusses zu steuern und zu begleiten mit dem Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Migrantenorganisationen zu stärken. Hierzu sollte in Zusammenarbeit mit dem Integrationsausschuss und unter Beteiligung der Migrantenorganisationen ein Modell entwickelt werden, das die neuen, mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg (PartIntG BW) 2015 geschaffenen Rechtsgrundlagen berücksichtigt. Dieser Prozess sollte im Sinne eines Gesamtkonzepts mit der Überarbeitung der Kulturvereinsförderungsrichtlinien verzahnt werden.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung mit dem vorliegenden Konzept nachgekommen. Für die Umsetzung wurde eine externe Beraterin hinzugezogen, die den Rat der Nationen und Kulturen und den Integrationsausschuss im Rahmen von zwei Workshops in die Erarbeitung der neuen Struktur einbezog. Aus den beiden Workshops entstanden Handlungsempfehlungen, die vom Amt für Soziales, Familie und Jugend aufgenommen wurden und die Basis für das vorliegende Konzept bilden.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Der Integrationsausschuss wird zum **Integrationsbeirat** weiterentwickelt. Die Anzahl der Sitze wird im Sinne der Arbeitsfähigkeit verringert. Die migrantischen Mitglieder werden nicht mehr als Vertreter ihrer Vereine über den Rat der Nationen und Kulturen gewählt, sondern auf Grundlage ihrer Expertise über ein Bewerbungsverfahren zu sachkundigen Einwohnern bestimmt. Der Integrationsbeirat ist strategisch ausgerichtet.
- Der Rat der Nationen und Kulturen erhält ebenfalls einen neuen Namen und wird zum **Forum der Kulturen**. Dieses soll nicht mehr nur aus Migrantenvereinen bestehen, sondern wird auch für Helferkreise geöffnet. Die Aufnahme erfolgt auf Antrag. Die Ausrichtung dieses Gremiums ist in Abgrenzung zum Integrationsbeirat stärker operativ, was z.B. die Einbindung des Forums der Kulturen in die Organisation des Interkulturellen Stadtfestes ermöglicht.
- Mit der Einrichtung eines dritten Gremiums, dem **Forum der Religionen**, wird den in beiden Workshops übereinstimmend erwähnten extremistischen und polarisierenden Tendenzen Rechnung getragen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Herauslösung des Themenfelds Religion/Glauben/Werte aus den bisherigen Gremien notwendig. Die in Friedrichshafen vertretenen Glaubensgemeinschaften sollen hier präventive Arbeit gegen Radikalisierung und Extremismus leisten und den interreligiösen Dialog fördern. Die Installierung dieses Gremiums wird über das Landesprogramm „Lokale Räte der Religionen“ begleitet und unterstützt.

Das **Partizipations- und Integrationsgesetz** Baden-Württemberg (PartIntG) wird durch das vorliegende Konzept umgesetzt: Der Integrationsbeirat, das Forum der Kulturen und das neue Forum der Religionen agieren nicht wie die bisherigen Gremien nur beratend, sondern strategisch und operativ. Diese Kompetenzerweiterung fördert die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher. Insbesondere die Aufwertung der migrantischen Mitglieder zu sachkundigen Einwohnern drückt deren Anerkennung als Experten aus und verhindert, dass sie sich als Vertreter einer bestimmten Interessengruppe begreifen. So kann ein auf das Gemeinwohl ausgerichteter Dialog auf Augenhöhe entstehen, der Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe voranbringt.

Die Verzahnung mit der neuen **Kulturvereinsförderungsrichtlinie** ist dadurch gegeben, dass die aktive Teilnahme an den städtischen Gremien der Integrationsarbeit als neue Fördervoraussetzung für Migrantinnen- und interkulturelle Vereine aufgenommen wurde.